



Förderung einer Hauptstudie zur Aufarbeitung von Zwangsadoptionen in der SBZ/DDR in der Zeit von 1945 – 1989

- Aufruf zur Interessenbekundung -

1. Ziel der Förderung und Verwendungszweck

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat gewährt nach §§ 23, 44 BHO und nach Maßgabe der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu §§ 23, 44 BHO eine Zuwendung zur Förderung

eines wissenschaftlichen Forschungsprojekts zur Aufarbeitung von Zwangsadoptionen in der SBZ/DDR in der Zeit von 1945 – 1989.

Das Forschungsprojekt soll die Bedeutung, den Umfang, die historische Dimension, den politisch motivierte Adoptionsverfahren im Unrechtssystem der SED-Diktatur spielten, erforschen. Hierbei sollen die Umstände von Zwangsadoptionen aufgearbeitet und die verschiedenen Definitionen des Begriffs der Zwangsadoption noch einmal diskutiert, an neuem Material überprüft und im Fokus verschiedener Wissenschaftsdisziplinen entfaltet werden. Politisch motivierte Adoptionsverfahren in der DDR standen vielfach in Zusammenhang mit politischer Haft, Ausreise oder anderweitiger politisch motivierter Repression gegen die leiblichen Eltern. Dieser repressive Anteil in den Verfahren und ihre Auswirkungen auf die Verarbeitung der Trennung sind bei der Würdigung der Betroffenen von Zwangsadoptionen für eine politische Aufarbeitung in den Blick zu nehmen. Dieses politische Ziel, welches der Deutsche Bundestag in seinem Beschluss vom 28. Juni 2019 formuliert hat (Bundestags-Drucksache 19/11091 und Plenarprotokoll 19/108, S. 13437), soll das Forschungsvorhaben durch Erstellung einer Hauptstudie zur Aufarbeitung von Zwangsadoptionen in der SBZ/DDR in der Zeit von 1945 – 1989 umsetzen. Ein Anspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2. Gegenstand der Förderung

Die diese Vorgaben realisierende Hauptstudie soll auf die bereits vorliegende Vorstudie über die „Dimensionen und wissenschaftliche Nachprüfbarkeit politischer Motivation in DDR-Adoptionsvermittlungsverfahren 1966-1990“ [abrufbar unter: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/zzf-bericht-ddr-adoptionsverfahren.html>] aufsetzen, das heißt, die dort gewonnenen Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen aufgreifen und verarbeiten. Die Vorstudie beschreibt die Art und Weise, wie es zu politisch motivierten Adoptionen kommen konnte, mit dem Begriff der systemisches Unrecht ermöglichenden Gelegenheitsstrukturen. Die Frage nach zentralstaatlichen Vorgaben sowie die systemisches Unrecht ermöglichenden Gelegenheitsstrukturen sollen zentraler Untersuchungsgegenstand sein. Die Untersuchung dient auch dem Ziel, über allgemeine Aussagen zu dem Charakter von politisch motivierten Adoptionen in der DDR hinausgehend Handlungsmuster zu beschreiben, die die Variationsbreite staatlichen Handelns aufzeigen und verdeutlichen, dass „politisch motivierte Adoptionsverfahren“ nicht ausschließlich mit Zwangsmaßnahmen einhergingen.

Die Vorstudie hat festgestellt, dass die Bedeutung und in gewissen Grenzen auch der Umfang, den politisch motivierte Adoptionsverfahren im Unrechtssystem der SED-Diktatur spielten, im Rahmen einer Hauptstudie erforscht werden können. Beispielsweise kann anhand von Stichproben in einzelnen Jugendämtern das Adoptionsverfahren in der DDR seriell untersucht werden; parallel dazu können anhand von Hinweisen und bereits in Ansätzen recherchierten Einzelfällen exemplarische Tiefenbohrungen durchgeführt werden. Einzelfalluntersuchungen sollen dabei ausschließlich als Mittel dienen, zu allgemeinen Aussagen über den Charakter von politisch motivierten Adoptionen in der DDR zu gelangen. Die Hauptstudie muss aufgrund der Vielschichtigkeit und Komplexität einen multiperspektivischen Ansatz verfolgen und interdisziplinär angelegt sein (siehe Vorstudie S. 87f.). Hierfür sollte sich ein Team von Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen (z.B. Historiker, Soziologen, Juristen und Erziehungs- und Sozialwissenschaftler) möglichst mit Erfahrungen im Bereich Jugendhilfe und Adoption dem Kernthema der politisch motivierten Adoptionen widmen. Der Forschungszugang zur Thematik sollte über die Adoptionsvermittlungsakten und die maßgeblichen Aktenbestände der DDR-Jugendhilfe, über potentielle Betroffenengruppen (beispielsweise Mütter und Väter, die unter dem Verdacht standen, sich nach §249 StGB-DDR strafbar gemacht zu haben), über bekanntermaßen Betroffene und dokumentierte Verdachtsfälle sowie über potentielle politisch motivierte Beteiligte verfolgt werden. In die Untersuchung sind gleichermaßen Aktenbestände aus allen Neuen Bundesländern einzu beziehen, um einen möglichst umfassenden Überblick unter Berücksichtigung unterschiedlicher Regionalitäten zu gewinnen. Es sollen alle relevanten Aktenbestände, z.B. auch der Justiz, der Staatssicherheit, des Ministeriums für Volksbildung und der Räte der Kreise einbezogen werden. Die Voraussetzungen der den Aktenzugang eröffnenden gesetzlichen Regelungen sind dabei zu beachten und zu erfüllen.

§ 9d Abs. 1 S. 1 Nr. 6 AdVermiG (seit dem 01.04.2021: § 9e Abs. 1 S. 1 Nr. 6 AdVermiG) ermöglicht, dass DDR-Strukturen anhand der Vermittlungsakten untersucht werden dürfen („Forschung

nach Aktenlage“), wenn ein Bezug zu einem konkreten wissenschaftlichen Forschungsvorhaben hergestellt werden kann und dieses Forschungsvorhaben das Ziel hat, Adoptionsstrukturen in der DDR zu erforschen und dem Interesse der Allgemeinheit an der Aufarbeitung des DDR-Unrechtsregimes und gerade nicht Interessen Einzelner beziehungsweise der Erforschung von Einzelschicksalen dient; es ist jedoch ausdrücklich untersagt, die Personen, deren Daten betroffen sind, zu kontaktieren (z. B. zum Zweck einer Befragung) oder über Adoptionsumstände oder die Tatsache der Adoption zu informieren (BT-Drs. 19/14427, S. 32).

Nach §§ 64 Abs. 2b), 65 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 SGB VIII (in der vom Deutschen Bundestag im Rahmen des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) am 22.04.2021 verabschiedeten Fassung) ist die Verarbeitung von (Sozial-) Daten im Rahmen eines konkreten wissenschaftlichen Forschungsvorhabens zur Erforschung von politisch motivierten Adoptionen in der DDR anhand von Erziehungshilfe-, Heim- und Vormundschaftsakten der DDR-Jugendhilfe zulässig; auch hier muss das Forschungsvorhaben das Ziel haben, Adoptionsstrukturen in der DDR auf politischen Missbrauch zu untersuchen und dem Interesse der Allgemeinheit an der Aufarbeitung des DDR-Unrechtsregimes und gerade nicht Interessen Einzelner beziehungsweise der Erforschung von Einzelschicksalen dienen (BT-Drs. 19/28870, S. 108).

Da diese Aktenbestände in großem Umfang besonders geschützte Sozialdaten enthalten, gilt sowohl für den Aktenzugang nach §§ 64 Abs. 2b, 65 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 SGB VIII (in der vom Deutschen Bundestag im Rahmen des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) am 22.04.2021 verabschiedeten Fassung) als auch nach § 9d Abs. 1 S. 1 Nr. 6 AdVermiG (seit dem 01.04.2021: § 9e Abs. 1 S. 1 Nr. 6 AdVermiG), dass die Übermittlung der Daten zu Forschungszwecken nicht kraft Gesetzes, sondern erst aufgrund der Genehmigung der nach § 75 Abs. 4 SGB VIII zuständigen Behörde zulässig ist. Der Antragsteller, der die Genehmigung der Übermittlung der Daten beantragt, muss die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen darlegen (BT-Drs. 19/28870, S. 108). Das den Aktenzugang ermöglichende Antragsverfahren muss selbständig und eigenverantwortlich eingeleitet und die besonderen datenschutzrechtlichen Voraussetzungen erfüllt werden. Hierzu zählt auch ein vorzulegendes Datenschutzkonzept nach § 75 Abs. 1 S. 4 SGB X. In diesem Datenschutzkonzept ist insbesondere darzulegen, dass die technischen und organisatorischen Anforderungen des Datenschutzes sowie der Grundsatz der Datenminimierung erfüllt werden (vgl. BT-Drs. 18/12611, 109). Weiterführende Hinweise hierzu können der in der Anlage beigefügten „Handreichung Datenschutz“ des Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) entnommen werden.

Ferner müssen Verpflichtungserklärungen (§ 75 Abs. 4 S. 3 SGB X, § 32 Abs. 1 S. 1 Nr. 7c StUG) abgegeben werden, um Zugang zu den relevanten Aktenbeständen zu erhalten. Für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR müssen insbesondere die in § 32 StUG und den hierzu ergangenen Richtlinien genannten Voraussetzungen für die Gewährung eines Aktenzugangs erfüllt werden.

3. Zuwendungsempfänger

Als Zuwendungsempfänger kommen neben Hochschulen auch anderen Forschungseinrichtungen in Betracht, soweit an diesen unabhängigen Instituten auf Hochschulebene geforscht wird. Voraussetzung ist in jedem Fall, dass eine institutionelle Bindung besteht, innerhalb der das wissenschaftliche Forschungsvorhaben realisiert werden soll (vgl. 6.1.1.1 und 6.1.1.2 der Richtlinie zu § 32 StUG; <https://www.bstu.de/akteneinsicht/zugangsrechte-fuer-forschung-und-medien/richtlinie-zu-32-stug/>).

4. Fördervoraussetzungen/Zuwendungsvoraussetzung

Ein Eigeninteresse wird vorausgesetzt. Dieses ist durch die Einbringung eines Eigenanteils an den in Zusammenhang mit dem Projekt stehenden Ausgaben deutlich zu machen. Die Projektleitung und Infrastrukturleistungen können hierbei Berücksichtigung finden.

- Inhaltlich-wissenschaftliche Qualität

Das vorgeschlagene Vorhaben muss den aktuellen Stand der Forschung berücksichtigen, darauf aufsetzen und interdisziplinär angelegt sein. Die Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen der bereits vorliegenden Vorstudie über die „Dimensionen und wissenschaftliche Nachprüfbarkeit politischer Motivation in DDR-Adoptionsvermittlungsverfahren 1966-1990“ sind dabei in vollem Umfang aufzugreifen und zu verarbeiten.

- Methodisch-wissenschaftliche Qualität und Machbarkeit

Die Vorhabenbeschreibung muss sowohl die Planung als auch die Durchführung des Forschungsvorhabens umfassen. Es ist darzulegen, dass in der Gesamtförderdauer belastbare Aussagen zu den oben dargestellten Fragestellungen zu erreichen sind. Dementsprechend muss der Arbeits- und Zeitplan realistisch und in der Laufzeit des Vorhabens durchführbar sein. Mögliche Risiken und Einschränkungen durch die Covid-19-Pandemie müssen berücksichtigt sein.

- Forschungsinfrastruktur

Sinnvoll und daher wünschenswert wäre eine Begleitung des Forschungsvorhabens durch einen wissenschaftlichen Beirat sowie die Einrichtung einer Steuerungsgruppe.

- Expertise und Vorerfahrungen

Die Förderinteressenten müssen durch einschlägige Erfahrungen und einschlägige wissenschaftliche Vorarbeiten ausgewiesen sein. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projekts bzw. für das Forschungsprojekt bestellten Beauftragten müssen über eine akademische Ausbildung oder wissenschaftlichen Werdegang verfügen, der mit dem Forschungsgebiet des Vorhabens in Einklang steht (vgl. 6.1.2 der Richtlinie zu § 32 StUG; <https://www.bstu.de/akteneinsicht/zugangsrechte-fuer-forschung-und-medien/richtlinie-zu-32-stug/>). Wünschenswert sind Erfahrungen in Forschungsvorhaben der öffentlichen Hand.

5. Umfang der Förderung

Insgesamt stehen für das Projekt bis zu 1.000.000 EUR für sechsunddreißig (36) Monate zur Verfügung. Das Projekt soll im Verlauf des Jahres 2021 starten. Zuwendungsfähig sind der vorhabenbedingte Mehraufwand wie Personal-, Sach- und Reisemittel sowie (ausnahmsweise) projektbezogene Investitionen, die nicht der Grundausstattung zuzurechnen sind. Aufgabenpakete können auch per Auftrag an Dritte vergeben werden. Nicht zuwendungsfähig sind Ausgaben für grundfinanziertes Stammpersonal. Bemessungsgrundlage für Hochschulen, Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen und vergleichbare Institutionen sind die zuwendungsfähigen projektbezogenen Ausgaben, die individuell bis zu 100 % gefördert werden können.

6. Rechtsgrundlage

Die Gewährung von Fördermitteln erfolgt nach Maßgabe der §§ 23 und 44 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) und den dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften. Bestandteile der Zuwendungsbescheide werden für Zuwendungen auf Ausgabenbasis die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P in der jeweils geltenden Fassung). Die Zuwendungen erfolgen unter der Voraussetzung, dass sie nicht als Beihilfe im Sinne von Artikel 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu qualifizieren sind und die Vorhaben während des Zeitraums der Förderung im nichtwirtschaftlichen Bereich der Organisation angesiedelt sind.

Ein Rechtsanspruch der Antragstellenden auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat bzw. die zur Durchführung des Zuwendungsverfahrens beauftragte nachgeordnete Behörde aufgrund pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

7. Hinweis zu Nutzungsrechten

Es liegt im Interesse des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, Ergebnisse des Vorhabens für alle Interessenten nutzbar zu machen. Für die im Rahmen der Förderung erzielten Ergebnisse und Entwicklungen liegen die Urheber- und Nutzungsrechte zwar grundsätzlich beim Zuwendungsempfänger. In Ergänzung haben jedoch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und seine nachgeordneten Behörden ein nicht ausschließliches, nicht übertragbares, unentgeltliches Nutzungsrecht auf alle Nutzungsarten an den Ergebnissen und Entwicklungen des Vorhabens. Das Nutzungsrecht ist räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränkt. Diese Grundsätze gelten auch, wenn der Zuwendungsempfänger die ihm zustehenden Nutzungsrechte auf Dritte überträgt oder Dritten Nutzungsrechte einräumt bzw. verkauft. In Verträge mit Kooperationspartnern bzw. entsprechenden Geschäftspartnern ist daher folgende Passage aufzunehmen: „Dem BMI und seinen nachgeordneten Behörden wird ein nicht ausschließliches, nicht übertragbares, unentgeltliches Nutzungsrecht auf alle Nutzungsarten an den Ergebnissen und Entwicklungen des Vorhabens eingeräumt. Das Nutzungsrecht ist räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränkt.“

8. Verfahren

Die Auswahl erfolgt auf der Basis der eingesendeten Projektskizzen nebst Datenschutzkonzept, einer Projektpräsentation und anschließendem Gespräch zum geplanten Vorgehen durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat in einem offenen zweistufigen Wettbewerb unter beratender Hinzuziehung wissenschaftlicher externer Expertinnen und Experten nach den oben genannten Förderkriterien. Die Vorhabenbeschreibung muss das methodische Vorgehen, die Finanzplanung und den Zeitplan beschreiben und soll den Umfang von maximal 10 Seiten (DIN A 4) nicht überschreiten. Zwingend erforderlich ist darüber hinaus die Vorlage eines Datenschutzkonzeptes i.S.v. § 75 Abs. 1 S. 4 SGB X, da anderenfalls der Zugang zu relevanten Aktenbeständen nicht genehmigt werden kann. Mit der Vorhabenbeschreibung muss zumindest eine detaillierte Skizze des Datenschutzkonzeptes vorgelegt werden.

In der ersten Verfahrensstufe ist dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat eine Vorhabenbeschreibung auf dem Postweg und parallel per E-Mail in deutscher Sprache einzureichen. Die Vorhabenbeschreibung muss alle Informationen beinhalten, die für eine sachgerechte Beurteilung erforderlich sind, und sie muss aus sich selbst heraus verständlich sein. Das für den Aktenzugang erforderliche Datenschutzkonzept soll beigelegt sein.

Aus dem Kreis der nach Prüfung der Projektskizzen und Datenschutzkonzepte in Frage kommenden Interessenten wird das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat unter beratender Hinzuziehung wissenschaftlicher externer Expertinnen und Experten eine Auswahl für die Einbeziehung in die zweite Stufe des Verfahrens treffen. Zur Prüfung der Datenschutzkonzepte werden die Beauftragten für den Datenschutz des Bundes und der betroffenen Bundesländer einbezogen.

In der zweiten Verfahrensstufe finden unter Beteiligung eines beratenden Auswahlgremiums Projektpräsentationen und Bewerbungsgespräche statt. Gegebenenfalls kann auch die Möglichkeit zur Ergänzung einer Projektskizze eingeräumt und/oder ein weiteres Bewerbungsgespräch anberaumt werden. Der ausgewählte Bewerber wird anschließend gebeten, einen Projektantrag zu stellen.

Aus der Vorlage der Vorhabenbeschreibung kann kein Rechtsanspruch auf eine Förderung abgeleitet werden. Auch aus der Aufforderung zur Antragstellung kann kein Förderanspruch abgeleitet werden. Nach abschließender Prüfung des förmlichen Förderantrags entscheidet das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat bzw. die vom ihm beauftragte nachgeordnete Behörde auf Basis der verfügbaren Haushaltsmittel und nach den genannten Kriterien durch Bescheid über die Bewilligung des vorgelegten Antrags. Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die Verwaltungsvorschriften zu § 44 BHO sowie die §§ 48 bis 49a des Verwaltungsverfahrensgesetzes, soweit nicht vorstehend Abweichungen zugelassen sind.

Die Vorhabenbeschreibungen müssen auf dem Postweg bis zum **15. August 2021** vorliegen beim

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
Projektgruppe DDR-Zwangsadoptionen im Referat HI8
Postanschrift: Alt-Moabit 140
10557 Berlin
Telefon: 030 18 681 – 14414
E-Mail: PGDZA@bmi.bund.de

Das Auswahlresultat wird den Interessentinnen und Interessenten schriftlich mitgeteilt. Aus der Vorlage der Vorhabenbeschreibung kann kein Rechtsanspruch auf eine Förderung abgeleitet werden. Der Verfasser der positiv bewerteten Vorhabenbeschreibung wird unter Angabe eines Termins schriftlich aufgefordert, einen vollständigen förmlichen Förderantrag vorzulegen. Inhaltliche oder förderrechtliche Auflagen sind im förmlichen Förderantrag zu beachten und umzusetzen. Aus der Aufforderung zur Antragstellung kann kein Förderanspruch abgeleitet werden. Nach abschließender Prüfung des förmlichen Förderantrags entscheidet das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) auf Basis der verfügbaren Haushaltsmittel und nach den genannten Kriterien durch Bescheid über die Bewilligung des vorgelegten Antrags.